DAWI-Betrauung durch die Kommunen

Im Rahmen einer bundesweiten Diskussion wurde die Notwendigkeit einer Betrauung auch der Verbraucherzentralen mit Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (sog. DAWI-Betrauung) festgestellt. Erhalten die Verbraucherzentralen für bestimmte Dienstleistungen kommunale Finanzmittel, muss im Rahmen eines Betrauungsaktes festgelegt werden, dass es sich bei diesen Zahlungen nicht um eine (ggf. unzulässige) Beihilfe im Sinne der Artikel 106ff AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) handelt. Solche Zahlungen sind immer dann als zulässig zu werten, wenn es sich um Leistungen der Daseinsvorsorge handelt, die im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse erbracht werden. Dies setzt einen sog. Betrauungsakt voraus.

Die Betrauung bezieht sich dabei immer auf diejenigen Aufgaben, die von einer Organisation wahrgenommen werden. Für die Verbraucherzentrale NRW zeigte sich, dass bei dem weiten Aufgabenspektrum eine einheitliche DAWI-Betrauung nicht möglich ist.

Die Verbraucherzentrale NRW erledigt ihre Aufgaben vielmehr in drei Bereichen: in der Geschäftsstelle in Düsseldorf, in den örtlichen Beratungsstellen und in verschiedenen Projekten, die sowohl in der Geschäftsstelle wie in den Beratungsstellen durchgeführt werden können.

Für die **Aufgaben der Projekte**, wie z. B. dem Energieprojekt im Auftrag des Verbraucherschutzministeriums NRW, erfolgt die DAWI-Betrauung mit dem Zuwendungsbescheid durch das Verbraucherschutzministerium NRW als Hauptzuwendungsgeber. Projekte sind durch eine festgelegte Laufzeit und durch eine einheitliche Aufgabenstellung gekennzeichnet, so dass für jedes Projekt sinnvollerweise eine eigene Betrauung erfolgt.

Die **Aufgaben der Geschäftsstelle** im Rahmen der institutionellen Finanzierung der Verbraucherzentrale NRW werden ausschließlich durch das Land finanziert. Daher kann hier eine einheitliche DAWI-Betrauung durch das Land erfolgen.

Bei den **kommunal zu erbringenden Dienstleistungen der örtlichen Beratungsstellen** (i. W. für die Aufgabengebiete Allgemeine Verbraucherberatung und Abfall- und Umweltberatung) sieht die Situation anders aus: Die Finanzierung erfolgt hier jeweils durch Land und Kommunen; jedoch sind die Rahmenbedingungen der Finanzierung vor Ort sehr unterschiedlich. Auch wenn die Lastenverteilung zwischen Kommune und Land an jedem Standort identisch ist, so unterscheiden sich die kommunalen Finanzierungsverträge insbesondere durch ihre Laufzeit und die jeweils zu Grunde liegende Abrechnungssystematik (Spitzabrechnung, konstante Zahlung). Das Land kann somit keine einheitliche Betrauung für diese Aufgabenbereiche ausstellen. Daher muss die Betrauung in diesen Fällen durch die Kommunen erfolgen. Die Betrauung betrifft i. W. die von der Kommune und der institutionellen Förderung des Landes gemeinsam finanzierte Allgemeine Verbraucherberatung sowie Abfall- und Umweltberatung.

Im aktuellen **Zuwendungsbescheid des Landes an die Verbraucherzentrale NRW** als Basis für die Landesförderung vom 05.05.2017 wurde der Verbraucherzentrale NRW aufgegeben, eine DAWI-Betrauung bei jedem Vertragsabschluss zu bewirken. Dies ist Voraussetzung für die anteilige Förderung des Landes der Angebote in den örtlichen Beratungsstellen. Dem Land sind die jeweils abgeschlossenen Verträge vorzulegen.